

Bundeswehrsoldaten in der Lehrkräftebildung

Ein Statement der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ zum Jahresbericht 2010/11 der Jugendoffiziere aus Baden-Württemberg.

Seit kurzem liegt uns der Jahresbericht der baden-württembergischen Jugendoffiziere für das Schuljahr 2010/11 vom 31.07.2011 vor. Der Bericht bezieht sich auf die im Dezember 2009 unterzeichnete Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und dem Wehrbereichskommando IV-Süddeutschland-der Bundeswehr und stellt die Entwicklungen der Zusammenarbeit dar.

„Die Kooperation in Baden-Württemberg zwischen den Jugendoffizieren und den nachgeordneten Bereichen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg verläuft insgesamt in allen Bereichen sehr positiv. Regelmäßige Konsultationen erfolgen auf allen Ebenen und vertiefen und festigen die Zusammenarbeit stetig. Die Zusammenarbeit ist insgesamt fest etabliert“, so das Resümee der baden-württembergischen Jugendoffiziere. Zwar hätten sich die Anfragen von Schulen nicht signifikant vermehrt, aber insbesondere die Zusammenarbeit mit den Regierungspräsidien wird positiv hervorgehoben und als „sehr eng“ beschrieben. Denn diese „zeigen ein reges Interesse an der Kooperation mit den Jugendoffizieren und unterstützen und fördern das Bildungsangebot, wo es möglich ist. (...) Schulanschriften werden im gesamten Badener Raum über die Server des zuständigen Regierungspräsidiums versendet. (...) Ebenfalls als äußerst zielführend kann die Zusammenarbeit mit den meisten staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung bezeichnet werden.“ Mittelfristig soll, laut des Berichts, durch die Zusammenarbeit mit ReferendarInnen, „die Gruppe von Lehrern vergrößert werden, denen das Bildungsangebot der Jugendoffiziere bekannt ist und die auf Grund eigener Erfahrungen Vorurteile gegenüber der Bundeswehr zum überwiegenden Teil abbauen“. Die Resonanz der ReferendarInnen wird als nahezu ausschließlich positiv dargestellt. Bereits im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2007 hieß es: „Die Referendare sind als zukünftige Lehrerinnen und Lehrer eine Schlüsselzielgruppe, die bereits zu diesem Zeitpunkt die Angebote sowie die Fachexpertise des Jugendoffiziers kennen lernen. Aus diesen frühen Kontakten resultieren dauerhafte Verbindungen und Einladungen zu Schulbesuchen sowie Seminaren.“

Auch die Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage zeigt, dass sich die Kooperation mit den staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung intensiviert hat. Knapp die Hälfte der 14 im Jahr 2010 angebotenen Veranstaltungen, in Kooperation mit den Jugendoffizieren, war dabei für die ReferendarInnen verpflichtend.

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“, verurteilt die genannte Zusammenarbeit weiterhin aufs schärfste und ist, insbesondere über den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die Ausbildung von Lehrkräften, zutiefst empört. Unter dem Deckmantel ‚neutraler Information‘ durch Jugendoffiziere soll die Kooperation, Jugendlichen und MultiplikatorInnen, wie Lehrkräften, den Zugang zur Bundeswehr ermöglichen und ihnen die gängige außenpolitische Strategie, also die Notwendigkeit, nationale (auch wirtschaftlichen) Interessen, weltweit mit militärischen Mitteln zu verteidigen, nahe legen. Das ist sowohl aus politischer als auch aus pädagogischer Perspektive sehr bedenklich.

Darum fordern wir die Kündigung aller Kooperationsvereinbarungen und die Einstellung jeglicher Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und der Bundeswehr. Eine, der Bundeswehr entgegenstehende, Einbeziehung der Friedensorganisationen in den Schulunterricht, wie es in Nordrhein-Westfalen oder Rheinlad-Pfalz durch entsprechende Vereinbarungen angestrebt wird, stellt für uns ausdrücklich keine Perspektive dar.